

# Ökonomen kritisieren die Energiewende

**Stromversorgung** Verbände und Experten fordern von der Regierung mehr Koordination und eine Dämpfung des Preisanstiegs.

Spitzenverbände der Wirtschaft und Forschungsinstitute sind unzufrieden mit der Umsetzung der Energiewende in Deutschland. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Hans Heinrich Driftmann, verlangte ein rasches Vorgehen gegen steigende Energiepreise. So müsse die Stromsteuer gesenkt werden. Dadurch „würden genau die Gruppen entlastet, die sich als die Träger der Hauptlast der Energiewende fühlen: Der Mittelstand und die Verbraucher“. Handwerkspräsident Otto Kentzler mahnte: „Die Politik muss bei der Förderung erneuerbarer Energien schnell umsteuern, um wenigstens den weiteren Preisanstieg zu bremsen.“ Die Energiewende stocke an vielen Stellen. Beispiele seien der Netzausbau und der Zubau neuer Kraftwerke zur Grundlastsicherung. Gleichzeitig drohten die Kosten aus dem Ruder zu laufen.

Der Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI), Thomas Straubhaar, kritisierte: „Es fehlt ein Konzept, um steigende Kosten zu verhindern.“

Insbesondere vermisse er „ein kosteneffizientes Fördersystem bei den erneuerbaren Energien“. Straubhaar fügte hinzu: „Deshalb werden die Energiepreise auch im nächsten Jahr steigen beziehungsweise auf hohem Niveau bleiben. Das ist deshalb tragisch, weil in anderen Industrieländern – vor allem den USA – die Energiekosten eher sinken.“ Dies werde „die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie schwächen und hiesige Arbeitsplät-

ze gefährden“. Die Umsetzung der Energiewende gehe viel zu langsam, so Straubhaar. Es müssten „zwei entscheidende Lösungen“ gefunden werden: „Erstens, wie Energie, die durch Windparks im Norden erzeugt wird, in den Süden Deutschlands kommt und zweitens, wie Windenergie aus Zeiten mit viel Wind gespeichert werden kann, um sie abzurufen, wenn es windstill ist.“ Beide Herausforderungen seien „nicht einmal ansatzweise gelöst.“

Auch der Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wolfgang Franz, warf der Bundesregierung Versäumnisse vor. „Für die kommenden Jahre ergeben

sich für die Energiepolitik drei Großbaustellen: Netzausbau und -umbau, Zubau bei Kraftwerkskapazitäten und Minimierung der Kosten für die Förderung erneuerbarer Energien“, sagte Franz. Diese Aufgaben müssten „zu einem Gesamtkonzept verzahnt werden, bei dem die Abfolge der Reformschritte und Fördermaßnahmen aufeinander abgestimmt sind“. Ein solches Konzept sei aber „bisher nicht zu erkennen“.

Der Chef des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen, Christoph Schmidt, sieht „ein eklatantes Missverhältnis zwischen dem stark voranschreitenden Ausbau der erneuerbaren Energien und dem kaum vorankommenden Ausbau der Infrastruktur, allen voran der Stromnetze im Inland.“ Das gefährde die Energiewende und mache sie teurer als nötig. Die Bundesregierung müsse mehr als bisher unternehmen, um einen Anstieg der Energiepreise zu verhindern. Er mahnte: „Das Ausbautempo bei den Erneuerbaren muss verlangsamt und an das Tempo des Infrastrukturausbaus angepasst werden. Ein Überschießen beim Ziel für 2020, den Anteil der Erneuerbaren an der Stromversorgung auf 35 Prozent zu steigern, muss vermieden werden, wenn der Strompreisanstieg gedämpft werden soll.“ *dapd*

## AUCH STROM AUS KOHLE UND ATOM WURDE MASSIV GEFÖRDERT

**Anstieg** 2013 müssen die Bürger knapp 5,3 Cent je Kilowattstunde für die Förderung erneuerbarer Energien über den Strompreis bezahlen. Für einen Mehr-Personen-Haushalt steigen dann die Belastungen durch die Ökostrom-Förderung von 125 auf rund 185 Euro jährlich – hinzu kommt die Mehrwertsteuer.

**Subventionen** Umweltpolitiker und -organisationen halten die Kritik an den Kosten der Energiewende für überzogen. Sie verweisen unter anderem auf milliardenschwere Beihilfen für die konventionelle Stromproduktion. So wurde etwa die Verstromung von Steinkohle laut einer Studie von Greenpeace und dem Bundesverband

Windenergie zwischen 1970 und 2012 mit 177 Milliarden Euro gefördert. Strom aus Braunkohle und Atomkraft wurde demnach mit 65 Milliarden beziehungsweise 187 Milliarden Euro subventioniert. Die Erzeugung von Ökostrom sei hingegen bis heute mit knapp 54 Milliarden Euro gefördert worden. *StZ*